

(Abgeordneter Schäfer.)

(A) daß Sie endlich Schluß mit der Heuchelei machen, womit Sie in der Öffentlichkeit arbeiten, als wenn Sie gewillt wären, mit uns in eine Regierung einzutreten oder gar eine Politik zu treiben, die im Interesse der Arbeiterschaft liegt. In der heutigen Debatte haben Sie wenigstens für mich das Tisch Tuch für absehbare Zeit zerschnitten.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Keine Partei wird einen Streik verurteilen, ohne nähere Kenntnis davon zu haben. Der Minister Neuring war so vorsichtig, zu erklären: Man darf kein Urteil fällen, ohne daß man beide Teile eingehend gehört hat, wenn man sich nicht eingehend informiert hat. Aber das hat jedenfalls die Fraktion der Mehrheitssozialisten gänzlich vermissen lassen. Sie haben sich diebisch gefreut über die Angriffe, die unberechtigterweise von den Rechtsparteien gegen uns erhoben worden sind, und Sie haben sich nicht nur darüber gefreut, sondern im Gegenteil die Herrschaften aufs kräftigste in ihrem Vorgehen unterstützt.

(Abg. Menke [Dresden]: Sehr gut!)

Dann noch ein Wort über die von Herrn Dr. Menke angeschnittene Frage. Die Telegrammüberwachung — ich weiß nicht, warum Sie sich so darüber entrüsteten, meine Herren von den Mehrheitssozialisten — die Telegrammüberwachung hat in Leipzig stattgefunden bis zum 1. März d. J. mit Zustimmung der Reichsregierung, der mehrheitssozialistischen Regierung in Berlin. Sie bezahlte diese Leute, unsere Genossen, die die Überwachung vorgenommen haben. Sie haben also im Auftrag Ihrer Parteigenossen in Berlin gehandelt. Wenn Sie heute das nicht billigen — bitte, wenden Sie sich an die Reichsregierung, die derartige Maßnahmen getroffen hat, die Sie in diesem Hause als Terror bezeichnen.

(Hört, hört! — Zuruf.)

Meine Herrschaften! Ehe man mit solchen Vorwürfen kommt, soll man sich vergewissern, wer der Auftraggeber des „Terrors“ — in Gänsefüßchen gesetzt — eigentlich ist. Die Mehrheitssozialisten sind die Auftraggeber.

Dann hat Herr Abgeordneter Dr. Menke darauf hingewiesen, daß die Banken in Leipzig besetzt sind. Ich bin nicht davon unterrichtet, ob das der Wahrheit entspricht. Ich bezweifle das nicht; ich habe kein Recht, das zu bezweifeln, weil ich den Gegenbeweis nicht bringen kann. Mir leuchtet es aber ohne weiteres ein, daß die Banken in Leipzig besetzt sind, weil wir den Bankdirektoren am Sonnabend in der Sitzung, an der ich teilgenommen habe, erklärt haben, daß wir jede Garantie leisten für die Sicherheit der Banken. Die Herren ver-

langten vom Leipziger A- und S.-Rat Sicherheit, daß die Gelder, die fremdes Eigentum sind, geschützt werden. Da hat der Leipziger Soldatenrat jegliche Hilfe zugesagt, und deshalb sind die Banken besetzt, damit die Sicherheit gewährleistet ist, daß aus den Banken nichts geraubert und gestohlen werden kann. So liegen die Sachen in der Wirklichkeit. Das ist die Ursache zur Besetzung der Banken.

(Zuruf: Dieser Brief lautet aber wesentlich anders!)

Was das Telegramm betrifft, das von Leipzig vorliegt, wegen der Erpressung von 400 000 M., so ist es mir möglich gewesen, Aufklärung zu erhalten. Die Dinge liegen so, daß von Erpressung absolut keine Rede sein kann. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, daß den Unterstützungen in Leipzig gezahlt wurden, daß den Bahnarbeitern, die seit dem 15. Februar keinen Pfennig Lohn oder Gehalt gehabt haben, geholfen wurde. Die Bahnarbeiter sind völlig mittellos, und da hatte es der Leipziger A- und S.-Rat, um Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, unternommen, beim Oberbürgermeister vorstellig zu werden, und ihn ersucht, ein Darlehen zu gewähren, damit den Arbeitern, die seit drei Wochen keinen Lohn gehabt haben, also weit vor der Zeit, ehe der Streik inszeniert wurde, Geldmittel in die Hand gegeben werden konnten, um sie vor dem Äußersten zu schützen. Zu diesem Zwecke hat man die Gelder benötigt.

(Zuruf: Man ersucht den Bürgermeister nicht um 400 000 M. Gehalt!)

Weiter habe ich erklärt, daß ich begründete Hoffnungen hätte — dafür bürgte mir die Person des Ministers Schwarz, zu dem wir immerhin noch etwas Zutrauen haben —, daß es möglich sei, eine Einigung in Leipzig herbeizuführen. Herr Kollege Lange hat diese Hoffnung nicht geteilt. Nach den Mitteilungen, die mir jetzt zugegangen sind, muß ich sagen, daß ich alle Hoffnungen schwinden sehe, und zwar nicht deshalb, weil vielleicht der Minister Schwarz nicht das nötige Geschick hätte, diese Geschichte endlich wieder in Ordnung zu bringen, sondern weil in dem Augenblick, wo ein Minister des Gesamtministeriums versucht, die Geschichte im guten zusammenzuleimen, entweder mit Zustimmung eines Mitgliedes des Gesamtministeriums oder hinter dem Rücken eines Mitgliedes des Gesamtministeriums —, wir wissen ja, daß verfassungsmäßig der sächsische Kriegsminister weiter nichts als die Durchgangsstation von Berlin ist — weil heute früh in Sachsen preußische Truppen eingerückt sind.

(Hört, hört!)

(A)

(B)